

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die letzte Sitzungswoche vor der Weihnachtspause war voller Entscheidungen: Vergangenen Sonntag hat die SPD Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten gewählt. Zudem haben wir im Bundestag über die Zulässigkeit von Beschneidungen bei Jungen und die Entsendung von Patriot-Raketen in die Türkei entschieden.

Peer Steinbrück hat auf dem SPD-Bundesparteitag in Hannover ein leidenschaftliches Plädoyer zur Zukunft Deutschlands gehalten. Er sprach vielen aus der Seele, als er die fehlende soziale Balance, die Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit der Exzesse auf den Finanzmärkten beim Namen nannte. Wachsende Kluft in der Vermögensverteilung, ungleiche Startchancen von Kindern, Spaltung des Arbeitsmarktes, Dumpinglöhne für gute Arbeit, mangelnde Gleichstellung von Frauen, marode Kommunen: Das wollen wir nicht hinnehmen. Peer Steinbrück sagte treffend: „Deutschland braucht wieder mehr ‚wir‘ und weniger ‚ich‘“. Wir brauchen keine egoistische Politik, sondern eine, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick hat. Wir gehen geschlossen und kämpferisch in den Wahlkampf. Unser Kanzlerkandidat hat das Ziel unmissverständlich formuliert: Kein halber, sondern ein ganzer Regierungswechsel. Eine rot-grüne Mehrheit für unser Land!

Am Mittwoch haben wir abgestimmt über die **religiöse Beschneidung von minderjährigen Jungen**. Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir haben in der Fraktion die Rechtsgüter Erziehungsrecht, körperliche Unversehrtheit, das Kindeswohl und die Religionsfreiheit sorgfältig abgewogen. Ich habe dem Regierungsentwurf letztlich zugestimmt, habe jedoch auch zwei Änderungsanträge unterstützt. Darin haben Abgeordnete aus den Reihen der SPD-Fraktion zum einen eine bessere ärztliche Beratung



Berlin-Brief, Ausgabe 130
14. Dezember 2012

Meine Termine

Sitzung des SPD-Fachbeirates Europa
15.12.2012, 15 Uhr, Stuttgart, Landtag

Winterfeier des VfL Neckargartach
15.12.2012, 19 Uhr, Heilbronn, Neckarhalle Neckargartach

Theaterstück „Stefanie integriert die Öztürks“ des Vereins Horizont
16.12.2012, 15 Uhr, Heilbronn, Harmonie

Bürgersprechstunde
17.12.2012, 14 Uhr, Heilbronn, SPD-Regionalzentrum, Untere Neckarstr. 50

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

und Schmerzbehandlung gefordert; zum anderen ging es um eine knappere Frist zur zulässigen nicht-ärztlichen Beschneidung nach der Geburt. Die Koalition hat unverständlicherweise beide Änderungsanträge, die den Regierungsentwurf besser gemacht hätten, abgelehnt. Ich habe dennoch am Ende zugestimmt, weil ich der Überzeugung bin, dass eine strenge Regelung, nach der eine Beschneidung erst ab dem Alter von 14 Jahren stattfinden dürfte, zu einer Kriminalisierung von vielen unserer muslimischen und jüdischen Mitbürger geführt hätte. Die Politik hat gewisse Grenzen, in die sie reinregieren kann. Ich befürchte, dass Beschneidungen bei einer Erlaubnis erst ab 14 Jahren im Ausland oder unter der Hand durchgeführt werden würden – was für die Gesundheit der Kinder fatal wäre. Ich begrüße es daher, dass wir nun eine Regelung haben, die Rechtssicherheit schafft, gleichzeitig aber auch deutlich macht, dass die ärztliche Beratung notwendig ist, um die Gesundheit der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen.

Ebenso schwer fiel mir die Entscheidung zur **Entsendung von Patriot-Raketen und dem dazugehörigen militärisch-technischen Personal an die türkisch-syrische Grenze**. Die Bundesregierung hat beantragt, Patriot-Flugabwehrsysteme in das NATO-Land Türkei zu verlegen. Die Türkei befürchtet eine Bedrohung durch syrische Raketenangriffe auf türkische Städte. Alle drei NATO-Länder, die Patriot-Raketen besitzen - neben Deutschland sind das die Niederlande und die USA -, haben sich bereit erklärt, Patriot-Einheiten zu liefern. Der Oberbefehl über den möglichen Einsatz der Flugabwehrsysteme bleibt beim NATO-Oberbefehlshaber und geht nicht auf die Türkei über. Das Mandat sieht eine Obergrenze von bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten vor und hat eine Laufzeit bis Ende Januar 2014. Ich habe nach langer Überlegung der Entsendung der Raketen zugestimmt. Ich habe mir die Frage gestellt: Wie oft stimmen wir noch über einen Einsatz der Bundeswehr ab, und wohin werden wir noch alles Soldaten entsenden? Zudem war ich nicht gänzlich davon überzeugt, dass die Türkei, unser NATO-Partner, unmittelbar durch Syrien bedroht ist. Ich war mir nicht sicher, ob die türkische Regierung mit der Stationierung der Raketen nicht auch noch andere Ziele verfolgt als nur die Raketenabwehr. In mehreren Gesprächen mit meinen außenpolitischen Kollegen wurde ich aber davon überzeugt, dass der Einsatz rein defensiv ist und dass wir gegenüber unserem NATO-Partner eine Verpflichtung haben. Die SPD hat sich frühzeitig dafür eingesetzt, dass der defensive Charakter der Mission klargestellt wird. Damit soll sichergestellt sein, dass die NATO-Kräfte nicht in offensive Aktionen verwickelt werden. Ich habe mich aus diesen Gründen schlussendlich dafür entschieden, der Entsendung der Patriot-Raketen zuzustimmen.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen und Euch eine fröhliche und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr wünschen. Der nächste Berlin-Brief erscheint am 17. Januar.

Mit freundlichen Grüßen

